



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

per E-Mail

Berlin, 18. August 2022

Flächenstilllegung in der Landwirtschaft ausgesetzt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit ihrem einstimmigen Beschluss hat die Agrarministerkonferenz (AMK) nun die ursprünglich vorgesehene verpflichtende Flächenstilllegung von vier Prozent wertvoller Ackerflächen für das Jahr 2023 ausgesetzt. Damit können Landwirte in Deutschland auf Flächen, die sonst stillgelegt worden wären, im kommenden Jahr Getreide (ohne Mais), Sonnenblumen und Hülsenfrüchte (ohne Soja) anbauen.

Zudem werden die Regeln zum Fruchtwechsel im Jahr 2023 einmalig ausgesetzt. Damit können Landwirte in Deutschland beispielsweise Weizen nach Weizen anbauen.

Nach langem Zögern und Zaudern hat Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir – vor allem auf Druck der CDU/CSU – doch noch den Weg für die Entscheidung der AMK freigemacht. Damit können unsere Bauernfamilien ihre vornehmste Aufgabe wahrnehmen – nämlich für unser tägliches Brot zu sorgen.

Die Bundesregierung ist in allerletzter Minute zur Vernunft gekommen. Viele Landwirte in Deutschland haben bereits mit der Anbauplanung für das kommende Jahr begonnen. Zur Wahrheit gehört, dass man diese Entscheidung schon im Juli auf einer extra einberufenen Sonder-AMK hätte treffen können, wenn Cem Özdemir dort mutiger gehandelt hätte.

Der jetzige AMK-Beschluss zeigt: Beharrliche Oppositionsarbeit wirkt. Wir als CDU/CSU-Fraktion haben im Deutschen Bundestag wieder und wieder gefordert, dass angesichts der gestörten Versorgungsketten infolge von Putins völkerrechtswidrigem Angriffskrieg gegen die Ukraine keine weiteren wertvollen Ackerflächen aus der Produktion herausgenommen werden

Steffen Bilger MdB

Stv. Fraktionsvorsitzender

T 030. 227-72390

F 030. 227-76352

steffen.bilger@bundestag.de

Albert Stegemann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Ernährung und Landwirtschaft

T 030. 227-77155

F 030. 227-70153

albert.stegemann@bundestag.de

Artur Auernhammer MdB

Agrarpolitischer Sprecher der
CSU-Landesgruppe

T 030. 227-78797

F 030. 227-76797

artur.auernhammer@bundestag.de

dürfen. Deutschland und die EU haben als Gunststandort eine ethisch-moralische Verpflichtung, hochwertige Lebensmittel zu erzeugen und damit die Ernährung zu Hause und in der Welt zu sichern.

Hartnäckig haben wir im Plenum und in den Ausschüssen eingefordert, die Flächen-Stilllegungen, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU vorgesehen waren, auszusetzen. Die EU-Kommission hatte vor der Sommerpause bereits die Möglichkeit hierfür eröffnet, aber die Bundesregierung konnte sich zunächst nicht dazu durchringen, dies in Deutschland umzusetzen. Wir waren auch in der Sommerpause bereit, hierüber nochmals in einer Sondersitzung des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages zu beraten. Die Ampel-Koalition war dazu nicht bereit. Aber unser Druck hat letztendlich Wirkung entfaltet.

Berechnungen der Bundesregierung gehen davon aus, dass durch die Aussetzung der Stilllegung etwa 100.000 bis 180.000 Hektar Ackerland weiterhin für die Getreideproduktion zur Verfügung stehen. Damit können – vorsichtig geschätzt – mindestens 600.000 Tonnen bis zu eine Million Tonnen Getreide zusätzlich produziert werden. Nach Aussetzen der Regeln zum Fruchtwechsel können durch den Anbau von Stoppelweizen in Deutschland zudem auf etwa 380.000 Hektar rund 3,4 Millionen Tonnen Weizen erzeugt werden.

Dabei darf es aber nicht bleiben. Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir muss sich jetzt konsequent von ideologischen Fesseln lösen. Er darf die oben beschriebenen Fortschritte für die Ernährungssicherung nicht gleich wieder durch neue Verbote gefährden. Genau die drohen aber. Denn der Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Verordnung sieht vor, bis zum Jahr 2030 den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft pauschal um 50 Prozent zu reduzieren. Mehr als 3,5 Millionen Hektar Ackerflächen in Deutschland wären davon betroffen.

Hier muss Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir in Brüssel die Notbremse ziehen. Bei einem Beschluss der geplanten EU-Verordnung drohen in Deutschland erhebliche Ertragseinbußen von jährlich rund sieben Millionen Tonnen Getreide. Betriebe, die in Schutzgebieten schonend wirtschaften und die Landschaft pflegen, stünden vor dem wirtschaftlichen Aus. Die Lebensmittelpreise würden aufgrund der künstlich herbeigeführten Verknappung von Getreide, Raps oder Tierfutter weiter steigen. Bemerkenswert ist, dass die Bundesregierung selbst davon ausgeht, dass mit einem solchen Pauschalverbot die Abhängigkeit der EU von Einfuhren, z. B. von Getreide, Obst oder Wein, steigen könnte.

Deshalb werden wir den politischen Druck auf die Bundesregierung beim Thema Ernährungssicherung weiterhin aufrechterhalten. Denn eines hat sich in den letzten Wochen gezeigt: klare und konstruktive Oppositionsarbeit wirkt.

Mit freundlichen Grüßen


Stefan Bilger


Albert Stegemann


Artur Auernhammer